

B021: Projekt „Faire Mobilität“

Laufende Nummer: 039

Antragsteller_in:	DGB-Bundesjugendausschuss
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	B - Arbeit der Zukunft und soziale Sicherheit

Projekt „Faire Mobilität“

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

Der DGB unterstützt weiterhin das Projekt „Faire Mobilität“ und setzt sich dafür ein, dass in allen Bundesländern eine arbeits- und sozialrechtliche Erstberatung von mobilen Beschäftigten angeboten wird.

Die zentralen Punkte hierbei sind ein flächendeckendes Beratungsangebot und die Erweiterung der Sprachenvielfalt in den Beratungsstellen. Zudem muss die Vernetzung der bestehenden Beratungsstrukturen auf europäischer Ebene vorangetrieben und mit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit zu den betroffenen Personen gebracht werden.

Der DGB wird eine breite Debatte mit Gewerkschaften und Politik auf europäischer Ebene führen, um neben der Beratung und Betreuung von mobilen Beschäftigten auch eine klare Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erzielen.

In dieser Debatte müssen folgende Punkte berücksichtigt werden.

- Unser Verständnis von fairen Arbeitsbedingungen beinhaltet gleiches Entgelt für gleiche Arbeit (equal pay), gleiche Rechte (equal rights) und menschenwürdige Arbeitsplätze, die den Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entsprechen.
- Soziale Absicherung wie z. B. Arbeitslosenunterstützung und Rentenansprüche müssen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union übertragbar gemacht werden.
- Es gibt eine erhebliche Lohnlücke zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Die Gewerkschaften in Europa müssen sich bemühen, diese Lohnunterschiede langfristig zu schließen, um den Abbau von Know-how zu verhindern und die gezwungenen Push-Faktoren in den sendenden Ländern zu verringern.